

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabe: Durch unsern Boten
bei uns monatlich 25.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Auslieferer
für den Rest der Monatsgebühren
an. — Erhalten monatlich.
Anspruch: Anschlag Nr. 33.
Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge.

Angabe: Durch unsern Boten
bei uns monatlich 25.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Auslieferer
für den Rest der Monatsgebühren
an. — Erhalten monatlich.
Anspruch: Anschlag Nr. 33.
Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 176

Montag, den 31. Juli 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Vorausichtlich wird sich der bayerische Minister am heutigen Montag mit dem Brief des Reichspräsidenten befassen. In offiziellen Kreisen ist man der Ansicht, daß das Schreiben Weg zu Verhandlungen eröffnet habe.

Die Reichsbank hat den Diskontsatz von 5 auf 6 Prozent, den Lombardzinsfuß von 8 auf 7 Prozent erhöht. Entsprechend der Erhöhung des Reichsbankdiskonts ist auch der Zinssatz der Darlehenskassen um ein Prozent heraufgesetzt worden.

In amtlicher Stelle in Paris hält man jetzt die Verschiebung der Londoner Konferenz auf einen ziemlich entfernten Zeitpunkt für sicher.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorläufig auf 840.

Trübe Ausichten.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der neueste katastrophale Marksturz, der den Dollarkurs bis über 600 hinaufgeschleudert hat, ist nur ein, allerdings weithin sichtbares, äußeres Kennzeichen der ablen Lage, in der sich Deutschland politisch und wirtschaftlich gegenwärtig befindet und eröffnet höchst beunruhigende Ausichten für die künftige Weiterentwicklung. Der Hauptgrund für den ungeheuerlichen Marksturz ist zweifellos in der französischen Antwortnote auf das deutsche Gesuch um teilweise Stundung der Barzahlungen aus dem Ausgleichsverfahren und aus den Urteilen der gemischten Schiedsgerichte zu erblicken. Diese Antwort ist nicht nur im Tone außerordentlich schroff gehalten, sondern zeigt auch in ihrem Inhalt, daß den französischen Staatsmännern noch immer jedes Verständnis für das Reparationsproblem abgeht. Deutschland hat gegenwärtig monatlich fünfzig Millionen Goldmark auf Reparationskonto und außerdem 35 Millionen Goldmark (zwei Millionen Pfund Sterling) zur Abdeckung der Debitschulden im Ausgleichsverfahren zu zahlen. Nun hat die eigene Finanzstelle Not die Franzosen anscheinend zu der Einsicht gezwungen, daß irgendein Epochen gebraucht werden muß, um Deutschland den notwendigen Kredit für eine Anleihe zu schaffen, aus der sich Frankreich schnell bezahlt machen kann. Man erwägt deshalb offenbar die Fragen der Moratoriums- und Anleihegewährung in Paris heute sehr viel ernsthafter, denn je früher. Ja man drängt jetzt geradezu auf schnelle Aussprache zwischen Poincaré und Lloyd George über diese beiden für Frankreich ebenso wichtigen Probleme wie für Deutschland. Unter diesen Umständen müßte jeder Vernünftige annehmen, daß Frankreich nicht nur zu einem Entgegenkommen gegenüber den laufenden monatlichen Reparationszahlungen widerwillig bereit wäre, sondern auch zu einem Entgegenkommen bei den doch wahrhaftig nicht weniger drückenden regelmäßigen Zahlungen im Ausgleichsverfahren. Beide Monatsverpflichtungen schädigen in gleicher Weise den Markkurs und erschweren daher in derselben Art den deutschen Kredit und die Möglichkeit einer Anleiheaufnahme. Aber Frankreich lehnt die angebotene Herabsetzung der monatlichen Ausgleichszahlungen auf ein Viertel (500 000 Pfund) schroff ab und knüpft an die Ablehnung noch Forderungen, die man in Deutschland nur als Hohn empfinden kann. Es gewinnt so den Anschein, als ob sich Frankreich für die durch die Not erzwungene Nachgiebigkeit im Punkt Reparationsleistungen an Deutschland rächen wollte durch schroffe Ablehnung jeden Entgegenkommens bei den Ausgleichszahlungen. Eine derartige Gesichtslosigkeit, einseitig auf die Deutsche Seite der französischen Chauvinisten eingestellt, kann aber unmöglich das Finanzleben Deutschlands und Frankreichs ändern.

Die Pariser Antwortnote ist aber nicht nur inhaltlich, sondern auch rechtlich schlechthin unbegründet. Wenn in ihr unter Androhung von Repressalien die Weiterzahlung von zwei Millionen Goldmark monatlich verlangt wird, so steht eine solche Forderung rechtlich garnicht Frankreich allein, sondern nur den Alliierten in ihrer Gesamtheit zu. Frankreich schließt ja auch von diesen zwei Millionen Pfund Sterling nur einen verhältnismäßig geringen Anteil, während der überwiegend größere Teil an England, Belgien und Italien fließt. Auch die Forderung, durch rechtswidrige Entgeltnung der Deutschen Ausgleichsschuldner die Mittel für die ungeschmälerte Weiterzahlung der monatlichen Ausgleichssumme zu beschaffen, steht im Widerspruch nicht nur zum allgemeinen Rechtsempfinden, sondern auch zum dreimal geprüften Versailleser Friedensvertrag, der Deutschland bekanntlich die

Pflicht auferlegt, seine Staatsangehörigen für die von den Alliierten ihnen zugefügten Verluste zu entschädigen. Der Vorschlag würde außerdem einen Eingriff in die deutsche Gesetzgebung bedeuten, der der französischen Regierung nicht zusieht.

Das ungewöhnliche Vorgehen Frankreichs wird besonders wirkungsvoll beleuchtet durch die belgische Antwort auf das gleiche deutsche Gesuch. Belgien schied zwar auch eine Ablehnung, aber immerhin eine sachlich begründete; es sei notwendig, die Frage des Zahlungsausgleichs im Zusammenhang mit dem Gesamtproblem der Reparations- und Schuldenregelung zu behandeln. Das ist verständlich, und wenn Frankreich in gleicher Weise geantwortet hätte, wäre der furchtbare Absturz der Mark gewiß nicht erfolgt. Man darf annehmen, daß die noch ausstehenden Antworten der übrigen beteiligten Alliierten auf das deutsche Gesuch ähnlich wie die belgische ausfallen. Inzwischen aber wird die deutsche Reichsregierung die Antwort auf die hysterische französische Note innerhalb der verlangten Frist von zehn Tagen hoffentlich in würdiger und gebührender Form erteilen.

Die Mark aber, die so leicht durch ein hoffnungsvolles Wort aus Paris in ihrem jähen Absturz hätte aufgehalten werden können, wird weiter sinken, wenn nicht endlich in Frankreich die Gründe und Zusammenhänge der fortschreitenden finanziellen Zerrüttung erkannt werden. Der französische Grundsatz, jedes kleinste Zugeständnis an Deutschland, auch wenn es durch die eigene französische Not erzwungen ist, möglichst teuer zu verkaufen, muß den deutschen Markkurs zwangsläufig dauernd herabdrücken. Solange er aufrecht erhalten wird, können sich auch keine großen Hoffnungen an eine internationale Anleihe für Deutschland knüpfen. Die deutsche Industrie, die ihre Zahlungen in ausländischer Währung zu leisten hat, wird immer aufs neue zu Angstkäufen fremder Wäslungen genötigt. Für das deutsche Volk aber bedeuten diese Vorgänge neue ungeheure Preissteigerungen aller Lebens- und Bedarfsartikel, weitere Lohnkämpfe und erhöhte Gehaltsforderungen, weitere Not und weiteres Elend.

Nie wieder Krieg!

Anlässlich der 8. Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruches veranstaltete der Alliiertenrat Nie wieder Krieg! gemeinsam mit dreißig anderen Verbänden gestern in über 250 deutschen Städten, so auch in Berlin, Friedensdemonstrationen. In Berlin hatten sich zehntausende eingefunden. 15 Schauspieler sprachen einen Prolog, worauf von 30 Rednern Ansprachen gehalten wurden. Aus Österreich, England, Frankreich, Holland und Amerika sowie zahlreichen großen deutschen Städten trafen Sympathietelegramme ein. Die Veranstaltung nahm einen ruhigen und würdigen Verlauf.

Bei der gestrigen, unter dem Wahlspruch Nie wieder Krieg im Hyde-Park in London veranstalteten Kundgebung sprachen 50 Redner, unter denen sich eine Anzahl Kommunisten befanden. Die Versammlungen waren ziemlich schwach besucht und das Interesse der Teilnehmer war gering. Es wurde eine Entschlieung angenommen, in der ein Zusammenwirken mit den gleichartigen Bewegungen in Europa und Amerika befürwortet wird, um die Ursachen des Krieges zu beseitigen und die internationale Solidarität zu entwickeln.

Breitscheid in Paris.

Die französische sozialistische Partei hat am Sonntagabend am 29. August in Paris die Ermordung von Jaurès eine Gedächtnisfeier veranstaltet, an der Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid für die deutschen Sozialisten teilnahm. Breitscheid führte in französischer Sprache aus, die französische Demokratie brauche einen Franzosen, der Franzose von ganzem Herzen sei und doch Deutschland verstehe. Nachdem Breitscheid von den Gefahren der deutschen Gegner der Republik gesprochen hatte, sagte er, diese Gefahren werden um so größer, je weniger man im Ausland einsehen wolle, daß die Alliierten ebenso wenig Deutschland seien, wie Leon Dauder Frankreich. Die Gefahr läge auf zu bestehen, wenn das andere Deutschland unterstützt würde. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands werde um so größer sein, je mehr es unterstützt werde. Es sei nicht schwer zu verstehen, daß das deutsche Volk sich erniedrigt fühle, wenn es den Eindruck habe, daß es sich nicht wieder erheben dürfe, und daß man sein Land gereichen wolle, sei es am Rhein, sei es in Bayern, obwohl er nicht behaupten wolle, daß die französische Regierung solche Absichten habe (!). Wer die verwüsteten Gebiete der ehemaligen Kampfzonen gesehen habe, könne die Franzosen geschlagenen Munden, aber er wünschte, alle französischen Ab-

geordneten sollten auch das Elend der deutschen Arbeiter kennen lernen und die Verhältnisse, unter denen die deutschen Kinder aufwachsen.

Die Griechen wollen Konstantinopel besetzen.

Paris meldet, der griechische Geschäftsträger in Paris habe am Sonntagabend formell um die Genehmigung für seine Regierung nachgesucht, Konstantinopel besetzen zu dürfen. Die französische Regierung habe sofort geantwortet, daß eine derartige Ermächtigung nicht gegeben werden könne.

Nach dem Temps hat die griechische Regierung Frankreich, England und Italien eine neue Note zum griechisch-türkischen Konflikt überreichen lassen. Das Blatt bezeichnet folgende Stelle als wesentlich: Die griechische Regierung sieht sich genötigt die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Beendigung des Konfliktes am besten geeignet sind. Griechenland wird jedoch immer bereit sein, gemeinsam mit den Verbänden jeden Friedensvorschlag zu prüfen, der aber nur dann verwirklicht werden kann, wenn die Türkei die gemeinsamen Beschlüsse der Siegerstaaten vollführt, ohne auszuweichen. Der Temps schreibt hierzu, wenn Griechenland gegen die Türkei Gewalt anwenden wolle, so sei das nur an zwei Stellen möglich, an der kleinasiatischen Front oder in der Gegend von Konstantinopel. Es lägen zahlreiche Anzeichen dafür vor, daß der griechische Generalstab Konstantinopel besetzen wolle. Frankreich und Italien könnten die Verwirklichung dieses Planes nicht zulassen. Die französische Regierung habe ihre Auffassung in London zum Ausdruck gebracht. Sie sei der Ansicht, daß Angriffe auf Konstantinopel nicht gebührend werden dürfen und daß ihnen, wenn nötig, mit Gewalt Widerstand zu leisten sei. Die italienische Regierung, sagt der Temps, sei genau derselben Ansicht. Sie habe, wie Frankreich und England, Truppen in Konstantinopel und siehe auf dem Standpunkt, daß gegen jeden Angreifer Gewalt angewendet werden müsse. Die französische Regierung habe ihre Ansicht auch in Vögen mitgeteilt.

Griechische Truppenlandungen.

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel dauern die griechischen Landungen in Rodosto an. Die gelandeten Streitkräfte werden auf 25 000 Mann geschätzt. Eine griechische Patrouille, die in die neutrale Zone eingedrungen sei, sei nach kurzem Gefecht von türkischer Gendarmerie zurückgewiesen worden.

England protestiert.

Der britische Geschäftsträger hat bei der griechischen Regierung Vorstellungen gegen den Plan eines Vorgehens gegen Konstantinopel erhoben.

Die Dolchstoß-Legende.

In der Korrespondenz Politik und Geschichte schreibt Albert Schwerfeger: Der englische General Maurice gilt bekanntlich in Deutschland als Träger der Auffassung, daß Deutschland im Herbst 1918 dem Dolchstoß der Heimat erlegen sei. Der General selbst hat sich jedoch hierzu folgendermaßen geäußert:

Ich habe niemals an irgendeiner Stelle der Meinungsäußerung verstanden, daß der Kriegsausgang, so wie er sich abgepflegt hat, der Tatsache zu verdanken sei, daß das deutsche Heer von dem deutschen Volk rückwärts erdolcht worden sei (Dolchstoß der Heimat). Im Gegenteil habe ich immer die Meinung vertreten, daß die deutschen Heere an der Westfront am 11. November 1918 aus militärischen Gründen eines weiteren wirksamen Widerstandes nicht mehr fähig waren. Ich habe gesagt, daß, wenn man den deutschen Heeren Zeit gelassen hätte, sich zu erholen, diese dann wahrscheinlich den Kampf noch verlangsamt haben würden, daß aber ihre endliche Niederlage unvermeidlich war. Diese Anschauungen, die ich in meinem Buche: Die letzten vier Monate (fast four months) ausdrücke, lasse ich aufricht und habe sie immer aufrecht erhalten.

Die Erklärung des Generals Maurice hat mir im Original vorgelegen. Es ist danach nicht mehr zulässig, den General als Vertreter und Träger der Auffassung vom Dolchstoß der Heimat in Anspruch zu nehmen.

Schwerfeger.

Lord Northcliffe hatte 1919 die Neuerung des Generals Maurice verurteilt in seinen Blättern wiedergegeben. Als der Erfolg dieser Propaganda der Selbstzerfleischung des deutschen Volkes bemerkbar wurde, hat der General Maurice als guter Engländer zunächst geschwiegen. Später, als er von englischen Journalisten nach der Richtigkeit seiner angeblichen Neuerung ge-